



# Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 9. bis 12. Dezember 2013

[05-12-2013 - 17:59]

## Plenartagung

- LUX-Filmpreis 2013 wird in Straßburg verliehen.** . . . . . 3
- Der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz wird den Gewinner des diesjährigen LUX-Preises am Mittwoch auf einer feierlichen Sitzung des Parlaments bekanntgeben. In der Endauswahl sind die Filme "Miele" von Valeria Golino (Frankreich, Italien), "The Selfish Giant" von Clio Barnard (Vereinigtes Königreich) und "The Broken Circle Breakdown" von Felix Van Groeningen (Belgien). Die Abgeordneten können über ihren Favoriten bis Dienstag um 23:55 Uhr abstimmen.
- Neue Regeln für eine nachhaltige Fischerei.** . . . . . 4
- Am Dienstag werden die Abgeordneten die Vereinbarung mit dem Rat über eine neue und nachhaltige EU-Fischereipolitik erwartungsgemäß verabschieden, sowie über neue Vermarktungsregeln für den Fischereisektor abstimmen. Die beiden Gesetze führen unter anderem ein Rückwurfverbot ein, und neue Kennzeichnungsvorschriften zur besseren Information der Verbraucher.
- Parlament stimmt über strengere Regeln für Tiefseefischerei ab.** . . . . . 5
- Am Dienstag stimmt das Parlament über einen Plan zum Verbot der Grundschleppnetzfisherei in bestimmten Seegebieten ab. Die Abgeordneten wollen zusätzlich eine Überprüfungs Klausel in den Gesetzentwurf einfügen, die der Kommission erlaubt, nach einer Bewertung der Tiefseebestände und empfindlichen Meeresökosysteme in vier Jahren einen Vorschlag für ein allgemeines Verbot der Grundschleppnetzfisherei vorzulegen.
- EU-Emissionshandel: Bald teurere Zertifikate?** . . . . . 6
- Am Dienstag stimmt das Parlament darüber ab, eine geplante Versteigerung von Treibhausgasemissionszertifikaten zu verschieben, um Investitionen von Unternehmen in CO2-arme Technologien zu verstärken, nachdem der Rat den Vorschlag des Parlaments vom Juli 2013 über strengere Bedingungen für eine solche Verschiebung angenommen hatte. Ziel der Initiative ist, den Anreizeffekt des Emissionshandelssystems wieder zu beleben, um Treibhausgasemissionen zu verringern und den Klimawandel zu bekämpfen.
- EU-Hilfen für entlassene Arbeitskräfte auch nach 2014.** . . . . . 7
- Die finanzielle Unterstützung der EU für entlassene Arbeitskräfte wird auch im Zeitraum 2014-2020 weiterlaufen. Das konnte das Parlament durchsetzen, dem auch zu verdanken ist, dass die Hilfen auf neue Gruppen von Arbeitnehmern, wie Selbständige und Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen, ausgedehnt werden, da mit den Mitgliedstaaten neue Vorschriften vereinbart werden konnten.
- Bankkonten für alle.** . . . . . 8
- Am Mittwoch stimmt das Parlament über Vorschläge für Rechtsvorschriften zum EU-Finanzmarkt ab, die allen legal in der EU ansässigen Personen erlauben würden, ein Basiskonto mit grundlegenden Funktionen und vergleichbaren Gebühren zu eröffnen sowie problemlos die Bank zu wechseln. Die Abstimmung würde den Abgeordneten ein starkes Mandat in die Hand geben, um anschließend mit den Mitgliedstaaten über die neuen Regeln zu verhandeln.
- Weniger Schlupflöcher für Steuersünder.** . . . . . 9
- Die Abgeordneten werden in einer Abstimmung am Mittwoch ihre Position zu einem Gesetzentwurf festlegen, der die Einbeziehung neuer Einkommensarten in den Austausch von Steuerdaten vorsieht. Die Kommission schlägt vor, dass die Mitgliedstaaten ab 2017 Informationen über Einkünfte aus Dividenden, Kapitalerträgen und Kontoguthaben automatisch austauschen sollten.



# Plenartagung

<b>Raumplanung von Meeres- und Küstenregionen</b> . . . . .	10
Die maritime Raumplanung und das Küstenzonenmanagement müssen eine Reihe von Zielen miteinander vereinbaren, wie zum Beispiel die Sicherung der Energieversorgung, die Förderung des Seeverkehrs sowie der nachhaltigen Fischerei oder den Schutz der Umwelt. So steht es in dem Entwurf einer Richtlinie über Mindestanforderungen für maritime Raumordnung und integriertes Küstenzonenmanagement, über die die Abgeordneten am Donnerstag abstimmen.	
<b>EU-Hilfen in Höhe von 2,3 Millionen Euro für entlassene Arbeiter in Deutschland</b> . . . . .	11
Das Parlament wird voraussichtlich der Auszahlung von EU-Mitteln in Höhe von insgesamt 18,4 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds zur Anpassung an die Globalisierung (EGF) zustimmen, um damit entlassene Arbeiter in Deutschland, Dänemark und Finnland bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Die Abstimmung ist für Dienstag, den 10. Dezember vorgesehen.	
<b>Rechte auf dem Gebiet der sexuellen und reproduktiven Gesundheit</b> . . . . .	12
Am Dienstag stimmt das Parlament über eine nicht verbindliche Entschließung ab, in der die Abgeordneten umfassende Sexualaufklärung für Mädchen und Jungen fordern, Maßnahmen zur Verhinderung ungewollter Schwangerschaften sowie gleichberechtigten Zugang zu Verhütungsmitteln und zu sicherer und legaler Schwangerschaftsunterbrechung.	
<b>Ende der Milchquoten: Abgeordnete fordern Unterstützung für benachteiligte Milchbauern</b> . . . . .	13
Milchbauern in Berggebieten und Regionen in äußerster Randlage sollen auf das Ende der Milchquotenregelung im Jahr 2015 vorbereitet werden, fordern die Abgeordneten. Am Mittwoch stimmt das Parlament über eine nicht verbindliche Entschließung ab, in der Empfehlungen für die Verringerung der Produktionskosten und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Milchbauern enthalten sind.	
<b>Gemeinsame Vorschriften für Beförderer von radioaktiven Materialien</b> . . . . .	14
Die Abgeordneten stimmen am Mittwoch über Pläne zur Einführung eines gemeinsamen Registrierungssystems für Beförderer radioaktiven Materials ab. Das System soll die verschiedenen, oft komplizierten nationalen Melde- und Genehmigungsverfahren ersetzen. So soll der Verwaltungsaufwand zur Einhaltung der Vorschriften verringert werden, besonders für grenzüberschreitende Beförderer, jedoch unter Berücksichtigung hoher Strahlenschutzstandards.	
<b>Weitere Tagesordnungspunkte</b> . . . . .	15

Armin WISDORFF	BXL: (+32) 2 28 40924 STR: (+33) 3 881 73780 PORT: +32 498 98 13 45 EMAIL: <a href="mailto:presse-DE@europarl.europa.eu">presse-DE@europarl.europa.eu</a>
Michaela FINDEIS	BXL: (+32) 2 28 31141 STR: (+33) 3 881 73603 PORT: (+32) 498 98 33 32 EMAIL: <a href="mailto:presse-DE@europarl.europa.eu">presse-DE@europarl.europa.eu</a>
Jens POTTARST	STR: (+33) 3 881 64025 PORT: (+49) 151 172 57 196 EMAIL: <a href="mailto:jens.pottharst@ep.europa.eu">jens.pottharst@ep.europa.eu</a>
Huberta HEINZEL	STR: (+33) 3 881 74646 PORT: (+43) 676 550 3126 EMAIL: <a href="mailto:huberta.heinzel@ep.europa.eu">huberta.heinzel@ep.europa.eu</a>
<a href="http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/plenary">http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/plenary</a>	

## Weitere Informationen

- [Tagesordnung](#)
- [Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)
- [Europarl TV](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)
- [EP Newshub](#)

# Plenartagung

## LUX-Filmpreis 2013 wird in Straßburg verliehen

Der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz wird den Gewinner des diesjährigen LUX-Preises am Mittwoch auf einer feierlichen Sitzung des Parlaments bekanntgeben. In der Endauswahl sind die Filme "Miele" von Valeria Golino (Frankreich, Italien), "The Selfish Giant" von Clio Barnard (Vereinigtes Königreich) und "The Broken Circle Breakdown" von Felix Van Groeningen (Belgien). Die Abgeordneten können über ihren Favoriten bis Dienstag um 23:55 Uhr abstimmen.

Am Mittwoch, den 11. Dezember um 15:00 Uhr findet eine Pressekonferenz mit den Regisseuren der drei Filme statt. Journalisten haben die Möglichkeit, die drei Finalisten am Dienstagnachmittag zu interviewen, sowie den Gewinner am Mittwoch vor der Preisvergabe.

Ansprechpartner für Interviewanfragen ist Eliana Dritsas (Email: [eliana.dritsas@europarl.europa.eu](mailto:eliana.dritsas@europarl.europa.eu) - Telefon +32 498 98 35 76 (mobil) oder +32 2 28 31012 in Brüssel oder +33 3 881 72051 in Straßburg).

*Preisverleihung: Mittwoch, den 11. Dezember um 11:45 Uhr*

*Pressekonferenz: Mittwoch, den 11. Dezember um 15:00 Uhr*

### Weitere Informationen

- [Webseite des LUX-Preises](#)
- [Webseite für die Publikumsabstimmung](#)
- "Miele"
- "The Selfish Giant"
- "The Broken Circle Breakdown"

# Plenartagung

## Neue Regeln für eine nachhaltige Fischerei

**Am Dienstag werden die Abgeordneten die Vereinbarung mit dem Rat über eine neue und nachhaltige EU-Fischereipolitik erwartungsgemäß verabschieden, sowie über neue Vermarktungsregeln für den Fischereisektor abstimmen. Die beiden Gesetze führen unter anderem ein Rückwurfverbot ein, und neue Kennzeichnungsvorschriften zur besseren Information der Verbraucher.**

Mit dieser Reform der EU-Fischereipolitik wird erstmals das Problem der Überfischung konsequent angegangen. So sollen nachhaltige Fangquoten schon im Jahr 2015 greifen, nur vereinzelt wird es Ausnahmen unter strengen Auflagen bis zum Jahr 2020 geben.

Sogenannter Beifang (also Fische, die wegen Größe oder Art eigentlich nicht gefangen werden sollten), darf nicht mehr einfach zurück ins Meer geworfen werden, sondern muss weitgehend mit an Land gebracht werden. Dieses Rückwurfverbot wird von 2015 bis 2020 schrittweise eingeführt.

Auch die Verbraucher erhalten einen besseren Einblick beim Fischkauf. So sollen mehr Informationen über das Fanggebiet und die Fangmethode an der Fischtheke bzw. auf der Verpackung ersichtlich sein.

*Debatte: Montag, den 9. Dezember*

*Abstimmung: Dienstag, den 10. Dezember*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in*

*zweiter Lesung*

*Pressekonferenz: Dienstag, 10. Dezember um 16:00 Uhr, mit Ulrike Rodust (S&D, DE)*

*#CFPreform*

### Weitere Informationen

- [Entwurf eines Berichts über die Gemeinsame Fischereipolitik - Empfehlung für die zweite Lesung](#)
- [Text der Vereinbarung mit dem Rat \(eigentlicher Gesetzentwurf zur GFP\)](#)
- [Entwurf eines Berichts über die gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei](#)
- [Pressemitteilung zur Vereinbarung mit dem Rat \(GFP-Reform\)](#)
- [Pressemitteilung zur Vereinbarung mit dem Rat \(Gemeinsame Marktorganisation\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Ulrike Rodust \(S&D, DE\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Struan Stevenson \(EKR, UK\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Gemeinsame Fischereipolitik](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Gemeinsame Marktorganisation](#)
- [Webseite der Kommission zur Reform der gemeinsamen Fischereipolitik](#)

# Plenartagung

## Parlament stimmt über strengere Regeln für Tiefseefischerei ab

**Am Dienstag stimmt das Parlament über einen Plan zum Verbot der Grundschleppnetzfisherei in bestimmten Seegebieten ab. Die Abgeordneten wollen zusätzlich eine Überprüfungsklausel in den Gesetzentwurf einfügen, die der Kommission erlaubt, nach einer Bewertung der Tiefseebestände und empfindlichen Meeresökosysteme in vier Jahren einen Vorschlag für ein allgemeines Verbot der Grundschleppnetzfisherei vorzulegen.**

Im ursprünglichen Gesetzentwurf hatte die Kommission das Auslaufen der Tiefseefischerei mit Grundschleppnetzen oder Stellnetzen bereits nach zwei Jahren vorgeschlagen, doch die Abgeordneten im Fischereiausschuss wollen, dass die Kommission weitere Informationen über die wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen eines solchen Verbots zusammenträgt und gegebenenfalls berücksichtigt. Sie könnten jedoch zur Plenarabstimmung Änderungsanträge einreichen, um die Vorschriften weiter zu verschärfen. Zu den Problemen dieser Fischerei gehören die große Empfindlichkeit der Tiefseefischbestände und die Schwierigkeit, belastbare Daten über deren Zustand zu sammeln.

*Debatte: Montag, den 9. Dezember*

*Abstimmung: Dienstag, den 10. Dezember*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung*

*#deepsea*

### Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf über besondere Auflagen für die Befischung von Tiefseebeständen im Nordostatlantik](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(04.11.2013\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Kriton Arsenis \(S&D, EL\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Hintergrundinformationen des Europäischen Parlaments zur Tiefseefischerei](#)
- [Memo der Kommission zum Schutz der Tiefseebestände](#)

# Plenartagung

## EU-Emissionshandel: Bald teurere Zertifikate?

**Am Dienstag stimmt das Parlament darüber ab, eine geplante Versteigerung von Treibhausgasemissionszertifikaten zu verschieben, um Investitionen von Unternehmen in CO<sub>2</sub>-arme Technologien zu verstärken, nachdem der Rat den Vorschlag des Parlaments vom Juli 2013 über strengere Bedingungen für eine solche Verschiebung angenommen hatte. Ziel der Initiative ist, den Anreizeffekt des Emissionshandelssystems wieder zu beleben, um Treibhausgasemissionen zu verringern und den Klimawandel zu bekämpfen.**

Der Änderungsantrag, den das Parlament vorgeschlagen und der Rat angenommen hat, besagt, dass die Europäische Kommission in Ausnahmefällen den zeitlichen Ablauf von Versteigerungen von Treibhausgasemissionszertifikaten ändern kann, falls eine Folgenabschätzung zeigt, dass die betroffenen Branchen nicht einer besonderen Gefahr betrieblicher Verlagerungen in Länder außerhalb der EU ausgesetzt sind. Die Kommission darf nur eine einzige Anpassung in der dritten Phase des Emissionshandelssystems (EHS) vornehmen, für maximal 900 Millionen Zertifikate.

Das EHS ist ein 2005 eingerichteter CO<sub>2</sub>-Markt, in dem ein allgemeines Emissionslimit festgelegt ist, das langfristig schrittweise gesenkt wird. Im Jahr 2020 wird diese Höchstgrenze für die Industriebranchen unter dem EHS um 21% unter dem Grenzwert von 2005 liegen.

*Abstimmung: Dienstag, 10. Dezember*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung*

*Pressekonferenz: Dienstag, den 10. Dezember um 14:00 Uhr*

*#EUETS #backloading #co2*

### Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf über den zeitlichen Ablauf von Versteigerungen von Treibhausgasemissionszertifikaten](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Matthias Groote \(S&D, DE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

# Plenartagung

## EU-Hilfen für entlassene Arbeitskräfte auch nach 2014

**Die finanzielle Unterstützung der EU für entlassene Arbeitskräfte wird auch im Zeitraum 2014-2020 weiterlaufen. Das konnte das Parlament durchsetzen, dem auch zu verdanken ist, dass die Hilfen auf neue Gruppen von Arbeitnehmern, wie Selbständige und Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen, ausgedehnt werden, da mit den Mitgliedstaaten neue Vorschriften vereinbart werden konnten.**

Wenn die Abgeordneten zustimmen, wird der neue Europäische Fonds zur Anpassung an die Globalisierung (EGF) am 1. Januar 2014 in Kraft treten.

Das Parlament hat ebenfalls darauf bestanden, den EGF in der Haushaltsperiode von 2014-2020 auf diejenigen auszuweiten, die infolge der Wirtschaftskrise ihren Arbeitsplatz verloren haben oder unter den Auswirkungen der Globalisierung leiden, was das Hauptziel des Fonds ist. Die Mindestzahl der Entlassungen, die für die Beantragung einer EGF-Förderung erforderlich ist, liegt bei 500.

Der EGF finanziert aktive Arbeitsmarktmaßnahmen (zum Beispiel Weiterbildung und Umschulung oder Berufsberatung), um redundant gewordene Arbeitnehmer wieder ins Erwerbsleben zu integrieren.

*Debatte: Dienstag, den 10. Dezember*

*Abstimmung: Mittwoch, den 11. Dezember*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung*

### Weitere Informationen

- [Entwurf eines Berichts über den Europäischen Fonds zur Anpassung an die Globalisierung 2014-2020](#)
- [Pressemitteilung zur Vereinbarung mit dem Rat \(05.11.2013\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Marian Harkin \(ALDE, IE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

## Bankkonten für alle

**Am Mittwoch stimmt das Parlament über Vorschläge für Rechtsvorschriften zum EU-Finanzmarkt ab, die allen legal in der EU ansässigen Personen erlauben würden, ein Basiskonto mit grundlegenden Funktionen und vergleichbaren Gebühren zu eröffnen sowie problemlos die Bank zu wechseln. Die Abstimmung würde den Abgeordneten ein starkes Mandat in die Hand geben, um anschließend mit den Mitgliedstaaten über die neuen Regeln zu verhandeln.**

Alle Zahlungsdienstleister müssten ein Basiskonto anbieten, das den Kunden ermöglicht, Geld einzuzahlen, abzuheben oder innerhalb der EU zu überweisen. Überziehungen oder Kredite sind bei Basiskonten nicht gestattet.

Diese Konten stehen jedem offen, der legal in der EU ansässig ist, und der eine echte Verbindung zum Mitgliedstaat des Zahlungsdienstleisters hat. Dieser darf ein solches Konto nicht verweigern.

Informationen über Gebührenstrukturen und -regeln müssten vereinheitlicht werden, und Gebühren für einen Kontowechsel innerhalb der EU sollten angemessen sein, so der Text des Gesetzentwurfs.

*Debatte: Mittwoch, den 11. Dezember*

*Abstimmung: Donnerstag, den 12. Dezember*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung (Abstimmung nur über die Änderungsanträge)*

*#basicaccount, #poverty2020, #socialexclusion*

### Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(18.11.2013\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters: Jürgen Klute \(GUE/NGL, DE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)



# Plenartagung

## Weniger Schlupflöcher für Steuersünder

**Die Abgeordneten werden in einer Abstimmung am Mittwoch ihre Position zu einem Gesetzentwurf festlegen, der die Einbeziehung neuer Einkommensarten in den Austausch von Steuerdaten vorsieht. Die Kommission schlägt vor, dass die Mitgliedstaaten ab 2017 Informationen über Einkünfte aus Dividenden, Kapitalerträgen und Kontoguthaben automatisch austauschen sollten.**

Am Donnerstag werden die Abgeordneten mit der Kommission über die jüngsten und künftigen Bemühungen im Kampf gegen die Steuerhinterziehung diskutieren.

EU-Regeln, die ab Anfang 2014 in Kraft treten sollen, schreiben den EU-Staaten bereits den Austausch von "verfügbaren" Informationen über Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen, Lebensversicherungen, Renten und Pensionen sowie Immobilienbesitz vor.

*Debatte: Dienstag, den 10. Dezember*

*Abstimmung: Mittwoch, den 11. Dezember*

*Verfahren: Konsultationsverfahren*

*#taxfraud #taxevasion*

### Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf über den Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters George Sabin Cutas \(S&D, RO\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

# Plenartagung

## Raumplanung von Meeres- und Küstenregionen

Die maritime Raumplanung und das Küstenzonenmanagement müssen eine Reihe von Zielen miteinander vereinbaren, wie zum Beispiel die Sicherung der Energieversorgung, die Förderung des Seeverkehrs sowie der nachhaltigen Fischerei oder den Schutz der Umwelt. So steht es in dem Entwurf einer Richtlinie über Mindestanforderungen für maritime Raumordnung und integriertes Küstenzonenmanagement, über die die Abgeordneten am Donnerstag abstimmen.

*Debatte: Mittwoch, den 11. Dezember*

*Abstimmung: Donnerstag, den 12. Dezember*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung*

### Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf über die maritime Raumordnung und das integrierte Küstenzonenmanagement](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Gesine Meissner \(ALDE, DE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

# Plenartagung

## EU-Hilfen in Höhe von 2,3 Millionen Euro für entlassene Arbeiter in Deutschland

Das Parlament wird voraussichtlich der Auszahlung von EU-Mitteln in Höhe von insgesamt 18,4 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds zur Anpassung an die Globalisierung (EGF) zustimmen, um damit entlassene Arbeiter in Deutschland, Dänemark und Finnland bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Die Abstimmung ist für Dienstag, den 10. Dezember vorgesehen.

Die Maßnahmen betreffen den dänischen Hersteller von Windkraftanlagen Vestas Group, der 611 Mitarbeiter entlassen hat (6,3 Millionen Euro aus dem EGF), den ehemaligen Marktführer bei Mobiltelefonen Nokia, der 4509 Angestellten gekündigt hat (9,8 Millionen Euro aus dem EGF) und das deutsche Unternehmen First Solar Manufacturing GmbH, wo 950 Mitarbeiter ihren Job verloren haben (2,3 Millionen Euro aus dem EGF).

*Abstimmung: Dienstag, den 10. Dezember*

*Verfahren: Haushalt*

*#EUBudget 2013*

### Weitere Informationen

- [Entwurf eines Berichts zur EGF-Unterstützung für Dänemark](#)
- [Entwurf eines Berichts zur EGF-Unterstützung für Finnland](#)
- [Entwurf eines Berichts zur EGF-Unterstützung für Deutschland](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(27.11.2013\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Dänemark](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Finnland](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Deutschland](#)

# Plenartagung

## Rechte auf dem Gebiet der sexuellen und reproduktiven Gesundheit

**Am Dienstag stimmt das Parlament über eine nicht verbindliche EntschlieÙung ab, in der die Abgeordneten umfassende Sexualaufklärung für Mädchen und Jungen fordern, Maßnahmen zur Verhinderung ungewollter Schwangerschaften sowie gleichberechtigten Zugang zu Verhütungsmitteln und zu sicherer und legaler Schwangerschaftsunterbrechung.**

In der EntschlieÙung betonen die Abgeordneten, dass Sexualerziehung auf "ganzheitliche, rechtsbasierte und positive Weise entwickelt und durchgeführt werden muss", und dass Frauen Zugang zu Verhütungsmitteln und zu sicherer und legaler Schwangerschaftsunterbrechung haben sollten.

Forderungen nach Sexualerziehung "in einer sicheren, tabufreien und interaktiven Atmosphäre zwischen Schülern und Erziehern" oder nach "Zugang zu Fertilitätsbehandlungen und einer medizinisch unterstützten Fortpflanzung" für alleinstehende und lesbische Frauen wurden aus dem überarbeiteten Text entfernt.

*Abstimmung: Dienstag, den 10. Dezember*

*Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung*

### Weitere Informationen

- [EntschlieÙungsentwurf über Rechte auf dem Gebiet der sexuellen und reproduktiven Gesundheit](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Edite Estrela \(S&D, PT\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

# Plenartagung

## Ende der Milchquoten: Abgeordnete fordern Unterstützung für benachteiligte Milchbauern

**Milchbauern in Berggebieten und Regionen in äußerster Randlage sollen auf das Ende der Milchquotenregelung im Jahr 2015 vorbereitet werden, fordern die Abgeordneten. Am Mittwoch stimmt das Parlament über eine nicht verbindliche Entschließung ab, in der Empfehlungen für die Verringerung der Produktionskosten und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Milchbauern enthalten sind.**

Der Vorschlag des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung beinhaltet die Zahlung von Ausgleichszulagen. Auf diesem Weg sollen erhöhte Investitionskosten für die Milchproduktion in Berggebieten und Regionen in äußerster Randlage kompensiert und Qualität und Innovationen gefördert werden. Die Maßnahmen basieren auf dem sogenannten "Milchpaket", welches Milchbauern im Jahr 2012 eine bessere Verhandlungsposition garantierte.

Milch, die in Berggebieten produziert wird, macht 10% der Milchproduktion der gesamten EU aus. In Österreich, Slowenien und Finnland kommen drei Viertel der gesamten Milchproduktion aus Berggebieten.

**Abstimmung: Mittwoch, den 11. Dezember**

**Verfahren: Nichtlegislative Entschließung**

**#milkfarmers**

### Weitere Informationen

- [Entschließungsentwurf über die Milchproduktion in Berggebieten und anderen Gebieten](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Herbert Dorfmann \(EVP, IT\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Parliament sorgt für größere Verhandlungsstärke für Milchbauern \(Pressemitteilung 15.02.2012\)](#)
- [Milch und Milchprodukte \(Webseite der Kommission\)](#)

# Plenartagung

## Gemeinsame Vorschriften für Beförderer von radioaktiven Materialien

**Die Abgeordneten stimmen am Mittwoch über Pläne zur Einführung eines gemeinsamen Registrierungssystems für Beförderer radioaktiven Materials ab. Das System soll die verschiedenen, oft komplizierten nationalen Melde- und Genehmigungsverfahren ersetzen. So soll der Verwaltungsaufwand zur Einhaltung der Vorschriften verringert werden, besonders für grenzüberschreitende Beförderer, jedoch unter Berücksichtigung hoher Strahlenschutzstandards.**

Die Vorschriften zur Einführung eines Gemeinschaftssystems zur Registrierung von Beförderern radioaktiven Materials sollten für alle Beförderer gelten, die radioaktives Material auf der Straße, Schiene oder über Binnenschifffahrtswege innerhalb der EU, aus Drittländern in die EU und aus der EU in Drittländer transportieren, verlangen die Abgeordneten.

Die Anträge auf Registrierungen sollen durch die zuständigen nationalen Behörden überprüft werden. Diese dürfen die Bescheinigungen ausstellen, wenn der Antragsteller die vorgeschriebenen Sicherheitsanforderungen und andere Kriterien der EU Mitgliedstaaten erfüllt.

Abstimmung: Mittwoch, den 11. Dezember

Verfahren: Konsultationsverfahren

[#RadioactiveMaterials](#)

### Weitere Informationen

- [Entschließungsentwurf zur Registrierung von Beförderern radioaktiven Materials](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Béla Kovács \(Fraktionslos, HU\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

# Plenartagung

## Weitere Tagesordnungspunkte

### Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Partnerschaftliches Fischereiabkommen EU-Marokko: Protokoll zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung (Fraga Estévez), *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Ansprache von Ibrahim Boubacar Keïta, Präsident von Mali, *Dienstag*
- Jahresbericht der Europäischen Zentralbank 2012 (Pittella), *Debatte und Abstimmung Donnerstag*
- Außenpolitische Instrumente und Fördermittel (Brok / Bütikofer / Kukan / Roucek / López-Istúriz White / Lambsdorff), *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates (19./20. Dezember 2013), *Erklärungen des Rates und der Kommission, Debatte und Abstimmung Mittwoch*
- Geschlechtsspezifische Aspekte des Europäischen Rahmens für die Strategien der Mitgliedstaaten zur Eingliederung der Roma (Járóka), *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (Finnland, Deutschland, Dänemark) (Naranjo Escobar), *Abstimmung Dienstag*
- Wohnimmobilienkreditverträge (Sánchez Presedo), *Abstimmung Dienstag*
- Autonome Handelspräferenzen für Moldau (Winkler), *Abstimmung Dienstag*
- Cloud Computing (Del Castillo Vera), *Abstimmung Dienstag*
- Ernennung fünf neuer Mitglieder des Rechnungshofs (Ayala Sender), *Abstimmung Mittwoch*
- Katastrophenschutzverfahren (Gardini), *Debatte und Abstimmung Dienstag*
- Beziehungen des Europäischen Parlaments zu den Organen, in denen die Regierungen der Mitgliedstaaten vertreten sind (Lamassoure), *Abstimmung Mittwoch*
- Konstitutionelle Probleme ebenenübergreifender Verwaltungsmodalitäten in der EU (Gualtieri/ Trzaskowski), *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Unerlaubte Herstellung von Schusswaffen und unerlaubter Handel damit (Houillon), *Abstimmung Dienstag*
- Einfuhr von Reis aus Bangladesch (Murphy), *Abstimmung Dienstag*
- Einfuhr von Rindfleisch von nicht mit bestimmten Wachstumshormonen behandelten Tieren und erhöhte Zölle der Vereinigten Staaten auf bestimmte Erzeugnisse der Europäischen Union (Moreira), *Abstimmung Dienstag*
- Einfuhr bestimmter Fischereierzeugnisse auf die Kanarischen Inseln im Zeitraum 2014-2020 (Mato Adrover), *Abstimmung Mittwoch*
- Partnerschaftliches Fischereiabkommen EU-Côte d'Ivoire: Protokoll zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung (Cottigny), *Abstimmung Mittwoch*
- Widerstandsfähigkeit und Reduzierung des Katastrophenrisikos in Entwicklungsländern (Mitchell), *Abstimmung Mittwoch*
- Programm „Justiz“ 2014 bis 2020 (Berlinguer/Clayes/Goncz), *Debatte und Abstimmung Dienstag*

# Plenartagung

- CARS 2020: Ein Aktionsplan für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Automobilindustrie in

Europa (Proust), *Abstimmung Dienstag*

- Rahmenabkommen EU-Armenien (Poreba), *Abstimmung Mittwoch*

- Programm „Rechte und Unionsbürgerschaft“ 2014-2020 (Göncz) *Abstimmung Dienstag*

- Fortschrittsbericht 2013 zu Albanien (Erklärungen des Rates und der Kommission), *Debatte Dienstag, Abstimmung über Entschließung Mittwoch*

- Europäische Kulturhauptstädte 2020-2033 (Scurria), *Abstimmung Donnerstag*

- Ernennung von Danièle Nouy (FR) als Vorsitzende des Aufsichtsgremiums des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Bowles), *Abstimmung Mittwoch*